

Nr. 18/997**Fragestunde**

1. Auswirkungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zum Streikrecht und zur Tarifübernahme für Beamte

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 21. März 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

2. Werden Professorinnen/Professoren öffentlicher Hochschulen in privaten Assessment-Centern ausgewählt?

Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. März 2014

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

3. Ritalin-Verordnungen für Kinder und Jugendliche im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. März 2014

4. Qualität der Versorgung von Frühgeborenen

Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. März 2014

5. Verspätungen im regionalen Zugverkehr auf der Strecke Bremerhaven – Bremen

Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. März 2014

6. Kriegseinsatz von Bremer Muslimen in Syrien

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 26. März 2014

7. Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 26. März 2014

8. Neuauflage des Entwicklungsplans Inklusion

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. März 2014

9. Erweitertes polizeiliches Führungszeugnis für Vereine

Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. März 2014

10. Jugendschutz und Partydrogen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Linda Neddermann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. März 2014

11. Elektronische Zeichnung von Bürgeranträgen
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 26. März 2014
 12. JadeWeserPort
Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 27. März 2014
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
13. Befürwortet der Innensenator immer noch die Vorratsdatenspeicherung?
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 11. April 2014
 14. Keine Stellungnahme Bremens zur Novellierung der Richtlinie Schall03
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. April 2014
 15. Zukünftige Betreuung von Schul-PCs durch Dataport?
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Hermann Kuhn, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. April 2014
 16. Teilschließung der JVA Bremerhaven?
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 6. Mai 2014
 17. Sanierung der JVA Bremerhaven
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 6. Mai 2014
 18. Mindestlohn in Integrationsprojekten und -betrieben
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. Mai 2014
 19. Technologiewettbewerb „Smart Data“
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Mai 2014

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/998

Bericht, Konzept und Maßnahmen zur Aufnahme und Integration von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern aus Bulgarien und Rumänien im Land Bremen

Mitteilung des Senats vom 11. März 2014
(Drucksache [18/1302](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/999

Bremer Aktionsplan zur Integration ausländischer Roma vorlegen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Mai 2014
(Drucksache [18/1375](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1000

Bremen bekennt sich zur europäischen Freizügigkeit und fördert die Integration der neuen EU-Bürger und EU-Bürgerinnen aus Osteuropa

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 20. Mai 2014

(Drucksache [18/1407](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bestehende Beratungsangebote auf veränderte Herausforderungen auszurichten, z. B. durch die stärkere Hinzuziehung von Kultur- und Sprachmittlern und externen Fachleuten. Denn neben der Information und Qualifizierung zu Fragen des Leistungsrechts oder des Aufenthaltsrechts, zu Förderprogrammen und zu interkultureller Kompetenz, müssen die hauptamtlichen Fachkräfte vor Ort stärker dabei unterstützt werden, die Zielgruppen sprachlich und kulturell zu erreichen.
2. der Verbreitung und Verhärtung rassistischer Klischees entgegenzuwirken, wie sie sich insbesondere gegen Roma-Familien ausbreiten. Hierzu ist die Entwicklung von Projekten gegen Antiziganismus, Antirassismuarbeit in den Schulen, Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Strukturen und insbesondere konkrete Zusammenarbeit mit Organisationen und engagierten Persönlichkeiten aus dem Bereich der Roma und Sinti in Bremen unverzichtbar.
3. auf die Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Stadtteilen und die Beseitigung von unzumutbaren Wohnbedingungen der Eingewanderten hinzuwirken, indem Mindeststandards für Wohnraum nach dem Vorbild der Regelungen in Nordrhein-Westfalen gesetzlich festgeschrieben werden und so die Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Wohnungsaufsicht gestärkt werden und effektive Instrumente gegen überhöhte Mieten entwickelt werden. Bereits jetzt müssen Informationen über bestehende mietrechtliche Möglichkeiten in geeigneter Form an die Betroffenen gegeben werden. Dabei muss die Förderung eines guten Zusammenlebens aller Gruppen in den Stadtteilen einhergehen.
4. zu prüfen, ob und wie die behördlichen Eingriffsmöglichkeiten und Kontrollen bei Scheinselbstständigkeit und bei ausbeuterischen Beschäftigungsverhältnissen verstärkt werden können, von denen derzeit insbesondere Migrantinnen und Migranten aus Osteuropa betroffen sind.

Darüber hinaus fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Kommunen den tatsächlichen Bedarf für Unterstützung prüft und vorrangig Mittel für Gebietskörperschaften mit hohen Einwanderungsraten aus osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten bereitstellt. Dafür ist eine Fondslösung anzustreben, die den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, anlassbezogene, flexible und schnelle Unterstützung zu erhalten.
2. über den bestehenden Zugang hinaus einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an Integrationskursen auch für Migrantinnen und Migranten aus EU-Mitgliedstaaten geschaffen wird.
3. dass das zuständige Bundesministerium für Gesundheit zur Entlastung der Kommunen die Kosten besonderer gesundheitlicher Versorgungsmaßnahmen wie Impfungen, Tuberkulosebehandlungen etc. übernimmt.
4. dass die Bundesregierung die Spitzenverbände der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen auffordert, ihren Mitgliedsunternehmen geeignete und hinreichende Informationen über die mögliche Absicherung eingewanderter EU-Bürgerinnen/EU-Bürger ohne Krankenversicherung zukommen zu lassen und diese den Kommunen vor Ort an die Hand zu geben.
5. dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzt, die osteuropäischen Mitgliedsländer bei der Eindämmung der Auswanderungsfaktoren stärker zu unterstützen und insbesondere die dort eingesetzten Mittel hinsichtlich ihrer Verwendung konsequenter zu kontrollieren, um Korruption und Verschwendung zu vermindern.

Nr. 18/1001

Was garantiert die Ausbildungsplatzgarantie?

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1277](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. April 2014

(Drucksache [18/1351](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1002

Organspender retten Leben

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1278](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. April 2014

(Drucksache [18/1344](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1003

Verkehrsunfallbekämpfung und Verkehrssicherheit im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. März 2014
(Drucksache [18/1324](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. April 2014

(Drucksache [18/1366](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1004

Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren

Mitteilung des Senats vom 4. Februar 2014
(Drucksache [18/1248](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1005

Einrichtung einer unabhängigen Instanz zur Kontrolle polizeilichen Handelns (Polizeikommission)

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 4. März 2014
(Drucksache [18/1294](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1006

Bremische Häfen abrüsten: Waffen- und Munitionsumschlag landesrechtlich verhindern

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. März 2014
(Drucksache [18/1315](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1007

Salafistische Bestrebungen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 18. März 2014
(Drucksache [18/1310](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. April 2014

(Drucksache [18/1357](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1008

Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016

Mitteilung des Senats vom 29. April 2014
(Drucksache [18/1365](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1009

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten

Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2014
(Drucksache [18/1379](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/1010

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 27 vom 14. Mai 2014

(Drucksache [18/1399](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen – mit Ausnahme der Petitionen L 18/239 und L 18/244 – wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/1011

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wirkungsvoller vom Drogenmilieu fernhalten!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. März 2014
(Drucksache [18/1325](#))

2. Modellprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ starten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. Februar 2013
(Drucksache [18/760](#))
3. Modellprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ starten
Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 27. März 2014
(Drucksache [18/1339](#))
4. Schutz von Prostituierten nachhaltig verbessern!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. März 2014
(Drucksache [18/1341](#))
5. Straftaten zum Nachteil älterer Menschen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 28. März 2014
(Drucksache [18/1342](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. April 2014
(Drucksache [18/1367](#))
6. Kampf gegen Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen aufnehmen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2013
(Drucksache [18/725](#))
7. Kampf gegen Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen aufnehmen
Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit
vom 23. April 2014
(Drucksache [18/1363](#))
8. EU-Effizienz-Richtlinie endlich umsetzen, Effizienz-Markt schaffen und Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft fördern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. April 2014
(Drucksache [18/1373](#))
9. Öffnungszeiten wissenschaftlicher Bibliotheken ausbauen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Mai 2014
(Drucksache [18/1376](#))
10. Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2013
Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2014
(Drucksache [18/1380](#))
11. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 27
– Petitionen L 18/239 und L 18/244 –
vom 14. Mai 2014
(Drucksache [18/1399](#))

